



Susanne Schneider

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Landtag NRW • Susanne Schneider • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Platz des Landtags 1

D-40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884-4458

Fax: (0211) 884-3658

E-Mail: susanne.schneider-mdl
@landtag.nrw.de

Geschäftszeichen:

Düsseldorf, 05.07.2012

Pressemitteilung

Susanne Schneider: Striktes Rauchverbot ist unverhältnismäßig

Mit großer Sorge betrachtet Susanne Schneider, Landtagsabgeordnete aus Schwerte und neugewählte gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, das von Rot-Grün in den Landtag eingebrachte radikale Rauchverbot in NRW. „Unter Regierungsverantwortung der FDP ist in NRW erstmals ein umfassender und effektiver Nichtraucherschutz umgesetzt worden“, erklärt Susanne Schneider. Die FDP hat in allen sensiblen Bereichen und öffentlichen Gebäuden wie Krankenhäusern, Schulen und Kindertageseinrichtungen einen wirksamen Nichtraucherschutz durchgesetzt. „Das jetzt von der grünen Gesundheitsministerin auf den Weg gebrachte totale Rauchverbot ist dagegen völlig unverhältnismäßig“, so die FDP-Abgeordnete.

Künftig soll auch in Eckkneipen, Raucherräumen, bei Brauchtumsveranstaltungen und geschlossenen Veranstaltungen nicht mehr geraucht werden dürfen. „Diese Ausnahmeregelungen im Nichtraucherschutzgesetz dienen jedoch dem sachgerechten Ausgleich zwischen dem Schutz von Nichtrauchern und den Interessen der Gastwirte sowie deren Gäste.“ Aus Sicht der FDP haben sich die Ausnahmen bewährt. „Mit ihrem Gesetzentwurf überschreitet die rot-grüne Landesregierung die Grenze zwischen Nichtraucherschutz und Raucherdiskriminierung. Die FDP möchte nicht, dass aus Gesundheitsvorsorge Bevormundung wird. Deshalb lehnen wir ein totales Rauchverbot ab.“

Die 45-jährige Schneider, die während der gestrigen Landtagsdebatte in Düsseldorf auch ihre erste Plenarrede als Abgeordnete hielt, fasste das mutmaßliche Ergebnis des neuen Gesetzes kurz und prägnant mit der Formel „Grün plus Rot gleich Kneipentod“ zusammen. Schneider betonte weiterhin: Statt das Rauchen in Nordrhein-Westfalen radikal zu verbieten, sollte auf Vernunft, Toleranz und Respekt gesetzt werden. Gesundheitsministerin Steffens wolle aber offenbar die Menschen vor sich selber schützen und mit ihrem „Basta-Verbot“ zu ihrem Glück zwingen.